

Leitantrag der Bundesdelegiertenversammlung der BUNDjugend zur Bundestagswahl 2013

01. Juni 2013

Umwelt weiter denken

Am 22. September 2013 wird einer neuen Bundesregierung demokratisch die Legitimation erteilt, mit ihren Ideen und Visionen den Herausforderungen unserer Welt zu begegnen. Diese Gelegenheit möchten wir als Vertreter*innen junger Menschen, die sich politisch beteiligen, nutzen, um selbst zu überlegen, wie wir uns eine zukünftige Gesellschaft vorstellen und was wir von politischen Entscheider*innen erwarten, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen – heute und in 50 Jahren.

Für uns Aktive in der BUNDjugend ist klar: Es gibt keine allgemeingültige Antwort, nicht den einen richtigen Weg. Aber es gibt eine Richtung, von der wir überzeugt sind, dass sie Zukunft und Wohlstand für alle ermöglicht. Diese Richtung zeigen wir beispielhaft auf drei Ebenen.

Wir erwarten von der Politik¹ Regeln für unser Zusammenleben, die auf Prinzipien von Gerechtigkeit, Gleichheit und respektvollem und gewaltfreien Umgang miteinander, unserer Welt und den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen basieren sollten:

1) Individuelles Leben

Politik muss die Instrumente und Infrastrukturen für Chancengerechtigkeit, Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung gewährleisten und ist dafür verantwortlich, dass knappe Ressourcen gerecht verteilt werden. Das bedeutet, dass es z.B. ein Bildungssystem gibt, dass Dienstleistungen angeboten werden und dass es für alle einen Zugang zu Nahrung und Kleidung gibt. Dadurch schafft Politik die Grundvoraussetzungen für persönliches Glück, Lebensqualität und Wohlstand.

2) Gesellschaftliche Ordnung

Damit wir gut zusammen leben können, sei es in unserer Gemeinde, unserem Land oder mit Menschen aus anderen Teilen der Welt, muss Politik unser Miteinander strukturieren und darauf achten, dass niemand benachteiligt wird. Überdies spielen partizipative Entscheidungsstrukturen eine wichtige Rolle.

3) Nachhaltiges Wirken

Politik hat auch die Aufgabe für heutige und zukünftige Generationen natürliche

¹ Unter Politik verstehen wir in einer Demokratie Menschen und Gremien, die von den Bürger*innen den Auftrag erhalten haben, die beschriebene gestaltende Funktion stellvertretend und im Sinne des Gemeinwohls wahrzunehmen.

Lebensgrundlagen zu erhalten und ein friedliches Miteinander zu sichern.

An den Themen **Energieverbrauch, Arbeit** und **Bildung** möchten wir diese drei Ebenen aufgreifen und eine Diskussion anregen, wie wir uns die politische Gestaltung des individuellen Lebens, der gesellschaftlichen Ordnung und des nachhaltigen Wirkens vorstellen.

1. Energieverbrauch im Leben jedes Einzelnen

Es darf nur so viel Energie verbraucht werden, wie dauerhaft ohne Schaden für Umwelt und Menschen nutzbar gemacht werden kann. Dazu muss die Energiewende eine regionale, soziale und umweltverträgliche Stromerzeugung sicher stellen.

In allen Lebensbereichen sind wir von Energie abhängig. Die Frage, woher wir sie bekommen, ist vor allem bei elektrischem Strom, Wärme und für die motorisierte Mobilität zentral. Die Gewinnung und der Verbrauch fossiler Energieträger, auf die wir uns noch immer verlassen, schädigt und ändert regional die Landschaft in Bild und ökologischer Funktion und den natürlichen Haushalt von Mensch, Tier, Pflanzen, Luft, Wasser und Boden. Weiterhin kommt es zu nicht abschätzbaren globalen Schädigungen und Veränderungen. Dadurch und aufgrund der Endlichkeit dieser Ressourcen ist ein Umstieg hin zu nachhaltigen Alternativen mehr als notwendig. Wind, Sonne, Wasser und Biomasse sind erneuerbare Energiequellen, die zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen. Allerdings bedeutet jede Form der Energiegewinnung einen Eingriff in die Natur und kostet Ressourcen. Die Umstellung auf erneuerbare Energien muss also so gestaltet werden, dass weder Mensch noch Umwelt dauerhaft geschädigt werden. Um trotzdem alle Menschen mit der Energie zu versorgen, die sie für ein Leben in Wohlstand brauchen, muss Energie effizient eingesetzt werden. Die Effizienzsteigerung durch technischen Fortschritt ist bereits ein fester Bestandteil der Energiepolitik, wenn auch nicht ausreichend energisch umgesetzt. Sie erzielt nur dann eine ausreichende Wirkung, wenn sie nicht durch Mehrnutzung kompensiert wird. Dafür müssen wir unser Bewusstsein für und den Umgang mit Energie ändern.

Wir fordern:

- **eine bürger*innennahe, dezentrale und umweltverträgliche Energieversorgung!**

Fossile Energiegewinnung geschieht bislang in großen, zentralen Kraftwerken mit Ressourcen, die regional begrenzt gewonnen werden. Neben der Umstellung auf erneuerbare Energiequellen muss auch die Art und Weise der Energiegewinnung geändert werden. Ziel ist es, Energie dezentral, bürger*innennah und verantwortungsvoll zu gewinnen. Verantwortung zu übernehmen bedeutet, einen bewussteren Umgang mit Energie zu entwickeln und sicher zu stellen, dass ihre Erzeugung ohne dauerhafte Schädigung der Natur einhergeht. Dazu gehört, dass Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation, ihren Lebensumständen und ihrer sozialen Herkunft Zugang zu Energiegewinnung und -verbrauch haben und dass ein Leben in Wohlstand auch zukünftigen Generationen ermöglicht wird.

- **einen verantwortungsvolleren Energieverbrauch, der sich am Angebot orientiert!**

Durch die zentralisierte Energieerzeugung haben die meisten Menschen das Gefühl dafür verloren, dass die Energie, die sie Nutzen, nicht unbegrenzt verfügbar ist. Das ändert sich, wenn Bürger*innen selbst ihren Energiebedarf erzeugen können, wenn sie Teil der Energiegewinnung in ihrem Umfeld werden, indem sie beispielsweise in Energiegenossenschaften aktiv werden, oder sie Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Netzen in öffentlicher Hand haben. Dazu gehört auch, dass kluger und sparsamer Verbrauch politisch gefördert und technisch ermöglicht wird, so dass Menschen in die Lage versetzt werden, ihren Energieverbrauch an die Menge von erzeugter Energie anzupassen.

2. Nachhaltige Arbeitskonzepte als Teil gesellschaftlicher Ordnung

Die Gestaltung und Aufteilung der Arbeiten, die in einer Gesellschaft anfallen, ist eine der zentralen Aufgaben von Politik. Die Ergebnisse von Arbeit – Lohn und Gehalt einerseits, Produkte und Dienstleistungen andererseits – sind Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle. Durch die Wertschätzung von Arbeit werden Werte einer Gesellschaft maßgeblich geprägt, deshalb sollte sie am gesellschaftlichen Nutzen ausgerichtet werden.

In unserer Gesellschaft unterscheiden wir zwischen Erwerbsarbeit (Produktion von Gütern und dem Angebot von Dienstleistungen), also Arbeiten, für die wir Geld erhalten, und Reproduktionsarbeit (Sorge-, Gesellschafts- und Eigenarbeit), für die wir keinen Lohn erhalten. Beide Formen sind für unsere Gesellschaft unabdingbar. Da Wohlstand in unserem Land bislang mit dem Bruttosozialprodukt gemessen wird und nur Erwerbsarbeit dieses erhöht, gilt sie als wertvoller. Sorge- und Subsistenzarbeiten werden hingegen in unserer Gesellschaft kaum anerkannt. Oft geben wir mit Erwerbsarbeit verdientes Geld für Dienstleistungen aus, um Dinge zu erledigen, die wir wegen der langen Arbeitszeiten nicht selbst leisten konnten, z.B. wenn wir Fertiggerichte kaufen anstatt selbst Zeit zum Essenzubereiten aufzuwenden. Hier geschieht also eine Kommerzialisierung, bei der Geld immer stärker in den Mittelpunkt rückt und sich Menschen immer stärker spezialisieren. Soziale und ökologische Belange geraten immer stärker in den Hintergrund, sodass es langfristig zu der Ausbeutung von natürlichen und menschlichen „Ressourcen“ und den aktuellen Krisen kommt.

Arbeit muss wieder als Mittel zur Erfüllung menschlicher Bedürfnisse wahrgenommen werden, anstatt lediglich das Humankapital für unendliches Wirtschaftswachstum darzustellen. Eine nachhaltige Gesellschaft muss all ihre Arbeitsformen gleichwertig anerkennen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit, welches die Trennstrukturen zwischen den Arbeitsformen aufhebt und somit eine sinnvolle Umverteilung von Arbeit ermöglicht. Der gesellschaftlichen Fixierung auf lohnabhängige Erwerbsarbeit muss deutlich entgegengesteuert werden.

Wir fordern:

- **eine Umverteilung der Erwerbsarbeit und eine Anerkennung der**

Versorgungsarbeit!

Durch eine starke Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit entsteht ein gleichwertiger Zeitraum für Versorgungsarbeiten und Zeit, Dinge für sich und das direkte Umfeld zu machen und sich politisch und gesellschaftlich einzusetzen. Außerdem kann so die Arbeit gleichmäßiger auf die arbeitsfähige Bevölkerung verteilt werden. So werden Arbeitslosigkeit auf der einen und Überarbeitung auf der anderen Seite vermieden. Einen Zwang zur Erwerbsarbeit darf es nicht geben.

- **eine Unterstützung flexibler Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung!**

Arbeit soll ein bereichernder Teil unseres Lebens sein, aber sie ist auch Mittel zum Zweck. Arbeitsplätze müssen so gestaltet sein, dass sie (auch finanziell) auf die Lebenserfordernisse der Arbeitnehmer*innen abgestimmt sind und andere Tätigkeiten ermöglichen.

- **eine massive Stärkung der Anerkennung von Nicht-Erwerbsarbeit!**

Arbeit soll danach bewertet und geschätzt werden, welchen Nutzen sie der Gesellschaft bringt. Eine Bewertung soll nicht allein über eine monetäre Vergütung erfolgen. Arbeit an sich, Versorgungsarbeiten und gesellschaftliches Engagement müssen stärker von der Politik unterstützt und gefördert werden (z.B. durch flexible Erwerbsarbeitszeitgestaltung). Tätigkeitsbereiche (z.B. in der Rüstungsindustrie), die Natur nachhaltig zerstören, auf Kosten anderer Menschen gehen, oder dazu führen, dass ihnen Schaden zugefügt wird, müssen schnellstmöglich abgeschafft werden.

3. Bildung als Grundlage für nachhaltiges Denken und Handeln

Eine nachhaltige Entwicklung wird nur möglich, wenn wir lernen, in allen Lebensbereichen ganzheitlich zu denken und zu handeln.

Die Ursachen für unser Leben auf Kosten der Umwelt, jetziger und zukünftiger Generationen sind komplex und gehen oft auf die Grundpfeiler unserer Kultur, unseres Alltags und unseres Miteinanders zurück. Werte wie die persönliche Freiheit und individuelle Lebensgestaltung sind große und für uns wichtige Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. Doch sie erleichtern die Kommerzialisierung unseres Lebens, in der uns das Verständnis für die Gemeinschaft und die Zusammenhänge verlorengehen, in die unser Handeln eingebunden ist.

Viele unserer Handlungsmuster werden schon im Kindesalter geprägt. Insofern spielt eine Bildung für nachhaltige Entwicklung besonders in diesem Alter, wie auch in allen anderen Phasen der persönlichen Entwicklung, eine wichtige Rolle. Für die Umsetzung der notwendigen sozial-ökologischen Transformation und einer auf Teilhabe beruhenden Gesellschaft müssen Menschen befähigt werden, die Konsequenzen ihrer Handlungen für sich, die Natur und zukünftige Generationen abschätzen zu können. So werden sie in die Lage versetzt, zukunftsfähige und nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung zeichnet sich nicht nur durch die Vermittlung von Lerninhalten aus. Sie zeigt ebenso Handlungsalternativen für einen Lebensstil auf, der zum Erhalt und

zur Verbesserung der Welt beiträgt.

Wir fordern:

- **Bildung für nachhaltige Entwicklung als Prinzip des gesamten Lernens zu verstehen!**

Das Prinzip der Bildung für nachhaltige Entwicklung² soll in allen Fachdisziplinen aller Bildungseinrichtungen der schulischen, außerschulischen sowie beruflichen Ausbildung eingebunden werden. Ziel der allgemeinbildenden Schulen muss es sein, ein Verständnis für die Verzahnung sozialer und ökologischer Auswirkungen menschlichen Handelns zu schaffen. Nachhaltige Entwicklung muss als Querschnittsthema anerkannt werden. Dazu ist es notwendig, die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Vereinen und Verbänden des Natur- und Umweltschutzes und der Entwicklungszusammenarbeit deutlich auszuweiten.

- **Stärkung und Ausbau inter- und transdisziplinärer Lernmodelle!**

Inter- und transdisziplinäre Lern- und Studienmodelle müssen gefördert werden. Außerdem muss ein vielfältiges, allen zugängliches Angebot zur Weiterbildung bereitgestellt werden, um neben der fachlichen Kompetenz ganzheitliches Denken zu fördern. Das bedeutet auch, dass die Forschung in den sozialwissenschaftlichen Bereichen stärker gefördert werden muss. Lebenslanges Lernen gehört längst zur Realität und muss als solche stärkere politische Beachtung und Förderung erhalten.

- **Ausbau transdisziplinärer und sozial-ökologischer Forschung!**

Derzeit werden vorrangig Forschungsvorhaben gefördert, die technologische Lösungen für Probleme einer nicht nachhaltigen Entwicklung zur Verfügung stellen. Doch das greift zu kurz. Für eine erfolgreiche Transformation sind politische, institutionelle, soziale und kulturelle Veränderungen notwendig. Diese Aspekte müssen eine transdisziplinäre und sozial-ökologische Forschung für eine nachhaltige Entwicklung komplettieren.

- **Stärkung von partizipativen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Engagements!**

Nachhaltige Entwicklung ist keine fertige und überall gleiche Antwort auf die Probleme unserer Welt. Sie beschreibt vielmehr einen dynamischen, partizipativen Ansatz für eine gesellschaftliche Problemlösung, welcher stets im weltweiten Austausch stehen und an die konkreten Regionen und Situationen angepasst werden muss. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, den freien und uneingeschränkten Zugang zu Wissen für jeden Menschen zu schaffen, sodass ein konstruktiver Austauschprozess gestaltet werden kann. Bildung für nachhaltige Entwicklung kann die Kompetenzen für gemeinsame Entscheidungsfindungen schaffen. Die Möglichkeiten zur Anwendung müssen gestärkt und bürgerschaftliches Engagement zur Selbstverständlichkeit werden.

2 Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein Begriff, der durch die gleichnamige UN-Dekade geprägt wurde. Er beschreibt ein Konzept ganzheitlichen Denkens, das fächerübergreifend vermittelt werden muss. BNE soll zu Gestaltungswillen für eine gerechte Gesellschaft führen und zu verantwortlichem Handeln befähigen. Sie spielt unter anderem in Projekten der Jugendumweltarbeit eine wichtige Rolle, schließt aber auch viele andere Bildungsbereiche mit ein.